ZO2 Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig

Gremium: Landesvorstand NRW

Beschlussdatum: 11.04.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

## **Antragstext**

# Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig

- Wohnen darf kein Luxus sein, weder in der Stadt noch auf dem Land. Während in
- 4 Ballungsräumen die Mieten explodieren, verfallen anderswo sanierungsbedürftige
- 5 Immobilien. In Innenstädten wird Wohnraum immer knapper und gleichzeitig stehen
- 6 Büroflächen leer. Es entstehen weiterhin Luxuswohnungen für wenige, während
- bezahlbarer Wohnraum für die Mehrheit fehlt. Ein Wohnungsmarkt, der systematisch
- am Bedarf der Menschen vorbeiplant, ist ein Markt, der versagt. Und es wird zu
- wenig gebaut. Bauen ist zu teuer geworden. Das Ergebnis: Es fehlen dringend
- benötigte Wohnungen und die wenigen verfügbaren Wohnungen in Stadtnähe sind kaum
- 11 bezahlbar.
- Wir GRÜNE NRW stehen für eine Wohnungs- und Baupolitik, die langfristig soziale
- 3 Sicherheit bietet, den Zusammenhalt stärkt und dabei unsere natürlichen
- 14 Ressourcen schont. Passgenaue Lösungen sollen den vielfältigen Wohnbedürfnissen
- gerecht werden, vom Singlehaushalt über Alleinerziehende und junge Familien bis
- 16 hin zu älteren Menschen.
- Wir überlassen den Wohnungsmarkt nicht länger Spekulant\*innen, sondern sorgen
- dafür, dass Wohnraum dort entsteht und erhalten bleibt, wo und wie die Menschen
- ihn brauchen bezahlbar, nachhaltig und vielfältig.
- 20 Wir ergänzen die klugen und lokal zugeschnittenen Ansätze unserer Kommunen um
- Maßnahmen in Land und Bund. Einen wichtigen Hebel sehen wir in der Baupolitik.

## Bezahlbares Wohnen & Bauen

- Bezahlbares Wohnen ist längst zur sozialen Frage unserer Zeit geworden. In
- vielen Großstädten verschlingt die Miete einen immer größeren Teil des
- 25 Einkommens. Viele Menschen haben nach der Miete kaum noch Geld übrig für
- Lebensmittel, Kleidung, Bildung und Freizeitaktivitäten. Das hat gravierenden
- Folgen für das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen, den sozialen Zusammenhalt und
- individuelle Lebensplanung. Während immer weniger Menschen eine bezahlbare
- 29 Wohnung finden, wird Wohnraum oft zum Spielball renditegetriebener Interessen.
- Wir GRÜNE NRW stellen uns dem entschieden entgegen: Wohnen ist kein
- 51 Spekulationsobjekt, sondern die Grundlage für Teilhabe, Sicherheit und ein gutes
- Leben. Unser Ziel ist eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die Menschen
- entlastet und die Kommunen in ihrem Handeln und das Vertrauen in einen
- 34 funktionierenden Staat stärkt.
- 35 Kommunale Wohnungsbauunternehmen sind für uns die zentralen Akteure unserer
- 36 Wohnungspolitik. Sie garantieren nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht,

- sondern dieser Wohnraum auch günstig bleibt. Wo wir es nur können, wollen und werden wir sie stärken, damit sie ihre Aufgabe erfüllen und ausbauen können.
- Unser Plan für bezahlbares Wohnen und Bauen in den Kommunen:
  - kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftsmodelle und gemeinwohlorientierte Eigentumsformen stärken - Förder- und Beratungsstrukturen hierfür ausbauen
  - mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, Alleinerziehende, Studierende und junge Berufstätige schaffen
    - aktive kommunale Bodenpolitik mit kommunalen Vorkaufsrechten auch bei Share Deals und Erbpachtmodellen
  - Übernachtungsplattformen wie AirBnB in angespannten Wohnungsmärkten begrenzen
    - Schrottimmobilien-Missbrauchsbekämpfungsgesetz durchsetzen: gegen missbräuchliche Ersteigerungen von Schrottimmobilien und deren Vermietung angehen
    - Problem- und Schrottimmobilien mithilfe von Förderprogrammen wieder dem Markt zuführen
      - Vorrang für Verdichtung und Aufstockung von Gebäuden statt bauen in ökologisch wertvollen Gebieten
- 56 Mieter\*innen vor Preissteigerungen schützen
- Für NRW hat die schwarz-grüne Landesregierung zum 1. März 2025 die
- Mieterschutzverordnung NRW erweitert und verlängert. In nun 57 Kommunen sind
- 59 Mieter\*innen vor unverhältnismäßigen Preissteigerungen bei Neuvermietungen und
- 60 im Bestand geschützt. Außerdem ist die Kündigungssperre bei der Anmeldung von
- Eigenbedarf von 5 auf 8 Jahre erhöht worden. Das sorgt dafür, dass Wohnen
- 62 bezahlbar bleibt und gibt Mieter\*innen Sicherheit. Das ist ein überfälliger
- 63 Schritt, aber er allein reicht noch nicht aus: Mieter\*innen brauchen endlich
- 64 echten Schutz vor Preisdruck und Verdrängung. Wir setzen uns außerdem auf
- 65 Bundesebene dafür ein, dass die Mietpreisbremse über 2025 hinaus gilt, denn nur
- dann kann auch die Mieterschutzverordnung weitergeführt werden.
- 67 Wohnraumstärkungsgesetz verbessern
- 68 Das aktuelle Wohnraumstärkungsgesetz sorgt schon jetzt dafür, dass Gemeinden
- 69 über die kommunalen Wohnungsämter eingreifen können, wenn Wohnimmobilien
- 70 vernachlässigt oder zweckentfremdet werden. Das Gesetz kann aber noch optimiert
- verden, u.a. indem die Frist für Kurzzeitvermietungen weiter reduziert wird und
- Übernachtungsplattformen weiter begrenzt werden.

### 73 Mehr Wohnungen für NRW

- 74 NRW lässt die Kommunen nicht allein mit der Aufgabe, in sozialen Wohnungsbau und
- 75 Bestandsumbau zu investieren. Bestandsimmobilien auszubauen und zu modernisieren
- ist in vielen Fällen deutlich günstiger als neu zu bauen. Die schwarz-grüne
- 77 Landesregierung hat die Mittel für das Wohnraumförderprogramm in den letzten
- Jahren weiter aufgestockt: Bis 2027 stellt sie 10,5 Milliarden Euro u.a. für den
- 79 Erwerb oder Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen bereit. Damit steigt der Anreiz
- 80 für Investoren, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Über die Wohnraumförderung
- 81 wird auch die Modernisierung und energetische Sanierung von Bestandsimmobilien
- gefördert. So investiert die schwarz-grüne Landesregierung aktiv in den
- 83 Klimaschutz im Wohnungsmarkt.

#### 84 Umbauen erleichtern

- 85 Durch die Änderung der Landesbauordnung NRW wurden für den Umbau von
- 86 Wohnimmobilien bereits mehr Spielräume geschaffen, beispielsweise Dachausbauten
- vereinfacht. Das Ziel muss sein, noch mehr Nachverdichtung im Bestand zu
- 88 erreichen. Mit der Nachverdichtung schaffen wir einfacher und günstiger
- sy zusätzlichen Wohnraum. Dabei wird keine Fläche neu versiegelt und die vorhandene
- 90 Infrastruktur kann mitgenutzt werden. Wir sprechen uns daher für eine
- "Oldtimerregelung" aus, die es ermöglicht, Bestandsgebäude auszubauen, ohne alle
- neuen Standards erfüllen zu müssen.
- Wir wollen auch den Denkmalschutz in unsere Überlegungen einschließen, damit er
- sinnvolle Vorhaben, wie z.B. Dachausbauten, nicht grundsätzlich verhindert.

#### 95 Bauherr\*innen entlasten und Auflagen reduzieren

- 96 Viele Baustandards sind mit enormen Anforderungen an Bauherr\*innen, langen
- Bauzeiten und hohen Baukosten verbunden. Sie wären laut Expert\*innen aber
- 98 ökologisch, ökonomisch und bautechnisch teilweise verzichtbar. Zum Beispiel sind
- 99 Stahlbetondecken im Neubau 18 Zentimeter stark. Die Stärke der Decke kann aber
- um vier Zentimeter reduziert werden, ohne den erforderlichen Mindestschallschutz
- zu verletzen. Der Materialeinsatz und die Kosten würden zudem deutlich sinken.
- 102 Hier müssen wir pragmatischer und effizienter werden. Die letzte Bundesregierung
- ist mit dem Vorschlag für den neuen Gebäudetyp E einen ersten Schritt gegangen.
- 104 Mit dieser Bauweise können Projektierer\*innen schneller und günstiger bauen,
- indem sie auf unnötige Standards und Vorgaben rechtssicher verzichten können,
- ohne dass Sicherheits- oder Qualitätsstandards beeinträchtigt werden. Das
- einfache Bauen mit Gebäudetyp E könnte auch in NRW einen Beitrag für mehr
- bezahlbare Wohnungen leisten. Um schnell und kostengünstig bezahlbaren Wohnraum
- 209 zu schaffen, unterstützen wir serielles und modulares Bauen. Durch die
- 110 Vorfertigung von Bauteilen wird Zeit, Geld und Arbeitskraft eingespart, ohne auf
- iii ökologische Standards zu verzichten.

## 112 Entbürokratisierung und Digitalisierung bei Bauverfahren

- Dort wo möglich, setzen wir uns für Vereinfachungen und Entbürokratisierung in
- der Bauordnung ein, um Verfahren zu beschleunigen und Bürger\*innen sowie

- Personal in der Bauverwaltung zu entlasten. Mit einer vollständigen und
- 116 flächendeckenden Digitalisierung der Bauleitplanverfahren können zudem
- Planungszeiten und somit Kosten reduziert werden. Das Bauportal NRW muss
- weiterentwickelt werden, um allen Kommunen auf diesem Weg die digitale
- Baugenehmigung zu ermöglichen. Ziel ist die Chancen der Digitalisierung zu
- nutzen, sodass Verwaltung und Bauherr\*innen effizienter und kostengünstiger
- bauen können. Jeden Cent, den Bauherr\*innen beim Planen und Bauen sparen, müssen
- sie nicht auf Miet- oder Kaufpreise umlegen.

#### 23 Soziales Wohnen & Bauen

- Wohnen ist vielfältig und das muss sich in unserer Politik widerspiegeln. Wir
- wollen generationengerechte Quartiere, in denen junge Familien, genau wie
- 126 Alleinerziehende oder ältere Menschen, passende Wohnformen finden. Durch
- veränderte Sozialstrukturen in unserer Gesellschaft werden zunehmend kleinere
- 128 Wohnungen benötigt, denn in über 40% aller Haushalte wohnt nur noch eine Person.
- Gleichzeitig sind für größere Familien kaum bezahlbare Wohnungen in
- ausreichender Größe zu finden. Barrierefreiheit, gemeinschaftliches Wohnen und
- soziale Infrastruktur sind entscheidend, um lebendige Nachbarschaften zu
- erhalten in Stadt und Land gleichermaßen. Die Preisbindung vieler sozialer
- 133 Wohnungen läuft in den kommenden Jahren aus. Als Folge wird sich die Situation
- am Wohnungsmarkt weiter verschärfen. Wir machen deshalb jetzt Vorschläge, um
- dieser Problemlage zuvorzukommen.

Unser Plan für soziales Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- Sozialwohnungen erhalten und ausbauen
- Kommunen sollen eigene Wohnungen über kommunale Wohnungsvereinigungen bewirtschaften
- barrierefreies und barrierearmes Wohnen f\u00f6rdern
  - mit Housing First Projekten Wohnungs- und Obdachlosigkeit beenden
  - spezielle betreute Wohnangebote (z. B. für Pflegebedürftige oder kognitiv oder körperlich Beeinträchtigte) erweitern
    - Ankauf von Belegungsrechten weiter ausbauen

#### 145 Ein Zuhause in NRW für alle

- Wohnen ist ein Grundrecht. Damit sich das auch rechtlich widerspiegelt, planen
- 147 wir in NRW das Recht auf Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen.
- 148 Wir bekräftigen die Forderungen aus unserem Parteitagsbeschluss "Wohnraum für
- alle" vom Juni 2024: Wir wollen Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden.
  Wohnungspolitische und strukturelle Maßnahmen ergänzen wir um Prävention,
- passende Hilfesysteme und gesundheitspolitische Maßnahmen, insbesondere die
- Umsetzung von Housing First Konzepten. Wir begrüßen daher, dass die
- Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE!" zuletzt von der schwarz-grünen
- Landesregierung bis 2027 verlängert wurde. Sie stellt den Kommunen über 15

- Millionen Euro zur Verfügung, um Projekte für obdachlose, wohnungslose und von Wohnungsverlust bedrohte Menschen zu unterstützen.
- Förderprogramme bewahren und ausbauen, entrümpeln und effizienter gestalten
- 159 In der letzten Legislatur hat die Ampel-Regierung zahlreiche Förderprogramme auf
- den Weg gebracht, zum Beispiel das Programm "Jung kauft Alt", das junge Familien
- beim Erwerb eines sanierungsbedürftigen Bestandsgebäude fördert. In der
- Wohnraumförderung des Landes NRW gibt es ebenso einen Baustein "Jung kauft Alt".
- Dieser muss weiter ausgebaut werden.
- Auch bei der Neuen Wohngemeinnützigkeit werden wir uns dafür einsetzen, dass das
- Rad nicht wieder zurückgedreht wird. Am Gemeinwohl orientierte Investor\*innen
- sollen mit dem Programm "Neue Wohngemeinnützigkeit" weiterhin einen
- 167 Investitionszuschuss bis zu 20 Prozent für jede neue dauerhaft günstige Wohnung
- sowie für Modernisierungen und Ankäufe erhalten.
- Das Bundesprogramm "Junges Wohnen" fördert aktuell Neu-, Aus-, und Umbau von
- 170 Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende mit 500 Millionen Euro (aus
- den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus) und schafft bezahlbare Unterkünfte.
- Wir fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie diese Programme fortsetzen
- 173 und ausbauen.
- 174 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt aktiv bekämpfen
- 175 Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere dort, wo der Wohnraum knapper
- wird, treffen marginalisierte Gruppen in besonderem Maße. Menschen mit
- 177 Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Wohnungs- oder Obdachlose oder auch
- 178 Menschen mit Behinderung sind überproportional von dieser Alltagsdiskriminierung
- 179 betroffen. Insbesondere die rassistische Diskriminierung ist laut Studien ein
- verbreitetes Problem, bleibt aber häufig im Dunklen. Wir setzen uns daher
- entschieden gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ein.

## 182 Nachhaltiges Wohnen & Bauen

- Der Klimaschutz beim Bauen hinkt stark hinterher, so ist der Gebäudesektor für
- 35% des Endenergieverbrauchs und 30% des CO2 Ausstoßes verantwortlich. In jedem
- Haus steckt eine immense Menge an grauer Energie, also der Energieaufwand, der
- über den gesamten Lebenszyklus der eingesetzten Materialien verbraucht wird.
- 187 Unsere Klimaziele erreichen wir nur mit ambitionierten Maßnahmen. Das
- 188 Gebäudeenergiegesetz (GEG) des Bundes ist dabei ein wichtiger Erfolg und darf
- von der neuen Bundesregierung nicht rückabgewickelt werden. Das würde nicht nur
- 290 zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung führen, sondern es würde auch einen
- 191 entscheidenden Hebel für das klimaneutrale Bauen und Wohnen außer Gefecht
- 192 setzen. Ein weiterer wichtiger Hebel für mehr Nachhaltigkeit ist energetisches
- 193 Sanieren. Dafür fordern wir eine schnellere Modernisierungsoffensive bei
- 194 Bestandsimmobilien. Der Ansatz des seriellen Sanierens bietet eine große Chance,
- schneller und effizienter voranzukommen. Denn nur mit flächendeckender

- energetischer Sanierung unserer bestehenden Wohngebäude können wir endlich unsere Klimaschutzziele erreichen.
- 198 Wir möchten das Potenzial von ungenutzten Bürogebäuden und leerstehenden
- 199 Immobilien, die für andere Nutzungen vorgesehen waren, heben. Deren Umnutzung
- 200 kann günstiger sein als neu zu bauen und ist in den meisten Fällen nachhaltiger.
- 201 So schaffen wir eine Umbaukultur, die Ressourcen und Flächen spart. Uns ist
- 202 klar, dass wir auch neue Flächen in Anspruch nehmen müssen, wollen diese aber
- auf das Mindeste begrenzen und setzen zuvorderst auf Flächenrecycling und
- 204 Innenverdichtung. Bei neuen Flächen wollen wir so effizient und flächenschonend
- wie möglich bauen. Die Umnutzung dieser Flächen zu Wohnraum wollen wir
- voranbringen und einfacher machen. Klar ist aber auch: Unversiegelte Fläche darf
- 207 kein Spekulationsobjekt werden.

Unser Plan für nachhaltiges Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- Nachverdichtung nach sozialen und ökologischen Standards, beispielsweise durch Bereitstellung von Baulücken und Brachflächen im allgemeinen Siedlungsbereich, aber auch durch Aufstockung von Gebäuden
- unbürokratische Umnutzung leerstehender Büro- und Gewerbeflächen
- Ausbau von Bestandsbauten
  - kommunale Wärmewende und- planung für klimaschonende Wärmeversorgung
- energetisches und serielles Sanieren
- 216 Pragmatische Ideen und Innovationen weiterentwickeln
- Für klimaneutrales Bauen in der Zukunft spielen Innovation und neue Technologien
- 218 eine entscheidende Rolle. Wir befürworten die Entwicklung und den Einsatz von
- 219 Materialien oder Konstruktionsmethoden, wie beispielsweise der konstruktiven
- 220 Effizienz, die den klimaschädlichen Ausstoß minimieren. Nachhaltige Rohstoffe
- wie zum Beispiel Rezyklate sollten vermehrt zum Einsatz kommen. Im
- Förderprogramm "Innovation im Bau" des Landes NRW, das die schwarz-grüne
- Landesregierung mit 4,5 Millionen Euro hinterlegt hat, wird die Entwicklung und
- der Einsatz von nachhaltigen Baustoffen unterstützt.
- 225 Die schwarz-grüne Regierung zeigt, dass Pragmatismus an der richtigen Stelle
- hilft: Mit der Änderung der Landesbauordnung NRW wurden Abweichungen von der
- 227 Bauordnung für neue Bau- und Wohnkonzepte ermöglicht.
- 228 Klimaschutz im Bau und niedrigere Baukosten
- Hohe Effizienzstandards für den Neubau von Wohnungen gewährleisten, dass wir
- unsere Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen können. Gleichzeitig
- verursachen sie auch teilweise höhere Baukosten. Die Folge: Es wird weniger
- 232 gebaut. Wir wollen daher pragmatisch prüfen, wie wir den Anspruch an eine hohe
- 233 Energieeffizienz mit niedrigeren Baukosten für den klimagerechten Wohnungsbau
- vereinen können. Wir wollen energiesparende Effizienzvorgaben mit einem erhöhten
- 235 Einsatz von ökologisch nachhaltigen bzw. recycelten Materialien kombinieren, um
- einen geringeren CO2 Ausstoß effektiver zu gewährleisten. Nachhaltigkeit im

Gebäudesektor bedeutet für uns einen ganzheitlichen bzw. lebenszyklischen
Ansatz, der die Emissionen der eingesetzten Materialien, die Energieeffizienz
sowie die Wiederverwertbarkeit nach Abbruch betrachtet. Lebenszyklusanalysen
stellen dar, wie von Bau, Betrieb bis zum Abriss Ressourcen benötigt werden.
Damit lässt sich der Fußabdruck eines Bauprojekts zwischen Umbau von Bestand
oder Abriss und Neubau fundiert betrachten. Gebäuderessourcenpässe sollten daher
zunächst im Neubau und langfristig für alle Gebäude erstellt werden. Ziel muss
das kreislaufgerechte Bauen sein.

#### 245 Baustoffe wiederverwerten

- Unsere Häuser sind wahre Rohstofflager, die viel zu oft einfach weggeschmissen werden. Recycelte Baustoffe dürfen nicht mehr als Abfall, sondern als Wertstoffe gesehen werden. Das schont die Umwelt und senkt die Baukosten. Wir fordern, dass der Einsatz von recycelten Baumaterialen deutlich vereinfacht, finanziell gefördert und bei Vergaberichtlinien gefordert werden soll.
- Die Bauwende braucht das Handwerk als zentrale Kraft für klimafreundliches und ressourcenschonendes Bauen. Damit der Einsatz von recycelten Baustoffen gelingt, müssen Handwerksbetriebe gezielt unterstützt werden durch praxisnahe Weiterbildung und modernes Know-how, das auch in der Ausbildung der Bauberufe verankert ist. Denn nachhaltiges Bauen wird zunehmend zum Qualitätsmerkmal und Wettbewerbsvorteil. Statt einer Wegwerfarchitektur muss bereits beim Neubau bei der Planung darauf geachtet werden, was sich später wiederverwenden lässt. Genehmigungsverfahren für alle Bauvorhaben sollen so angepasst werden, dass der Einsatz von recycelten Baustoffen erleichtert wird. Der Handel mit recycelten Materialien ist der Markt der Zukunft in der Baubranche.

## Leben im Quartier - Wir-Gefühl stärken

- Zuhause ist mehr als vier Wände. Es ist auch der Zusammenhalt vor Ort. Das nette
  Gespräch über den Gartenzaun, die gemeinsame Sportgruppe im Grünen, das neue
  Café um die Ecke. Überall dort, wo sich Menschen begegnen, entsteht ein WirGefühl. Hier fühlen sich Menschen sicher und zuversichtlich. Wir möchten
  Begegnungsräume schaffen und erhalten, damit Nachbarschaften Orte sind, wo
  Menschen in Vielfalt zusammenleben.
- Im ländlichen Raum geht es oft darum, Leerstand sinnvoll zu nutzen und die
  Attraktivität von Wohnorten zu steigern. Deshalb wollen wir gezielt in Ortskerne
  investieren, Wohnprojekte mit sozialen Begegnungsräumen fördern und kleine
  Kommunen dabei unterstützen, eine lebendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten. So
  können wir junge Familien in den Orten halten und den ländlichen Raum auch für
  Städter\*innen attraktiver machen.
- Zuhause ist auch direkt vor der Tür Platz für Freizeit und Erholung zu haben.
   Wir möchten lebenswerte Quartiere für alle Generationen, in denen man im Sommer
   die Hitze gut aushalten kann, weil die Fassaden begrünt sind, es Bäume gibt, die
   Schatten spenden und Wasserläufe, die abkühlen. Dort, wo es dafür Platz braucht,
   fördern wir die Umverteilung des öffentlichen Raums. Wir investieren in unsere
   Zukunft und machen unsere Nachbarschaften klimaresilient. Neben Begrünung und
   Entsiegelung gehört dazu auch eine lokale Energieversorgung z.B. mit
   Solaranlagen auf Dächern und Balkonen.

- Unser Punkteplan für Leben im Quartier und Nachbarschaftsgestaltung in den Kommunen:
- Förderung von Begegnungräumen wie Jugendtreffpunkte, Nachbarschaftsheime,
  Bürgervereine
- Förderung von Nachbarschaftsprojekten und nachhaltigen und inklusiven Initiativen
  - Hitze- und Lärmaktionspläne
    - Förderung grüner Vorgärten sowie von Dach- und Fassadengrün
- Quartiersgestaltung mit Bürgerbeteiligung
  - Dezentralisierung von Energieversorgung
- 292 Gemeinsam statt einsam
- 293 Wo immer mehr Menschen alleine leben, sind auch immer mehr Menschen einsam.
- 294 Einsamkeit macht Menschen krank. Eine gute Nachbarschaft, in der Menschen
- Angebote haben, um zusammenzukommen, kann dem vorbeugen. Die schwarz-grüne
- Landesregierung hat deshalb den Aktionsplan gegen Einsamkeit verabschiedet und
- 297 unterstützt lokale Projekte gegen Einsamkeit.
- 298 Strukturen im Bund nicht rückabwickeln
- 299 Wir erwarten, dass der Bund die Städtebauförderung als bewährtes Instrument für
- 300 die Kommunen erhält und fordern eine Ausweitung. Das schafft Planungssicherheit
- 301 für die ohnehin stark belasteten Kommunen in NRW. 50% der Mittel fließen dabei
- 302 in den ländlichen Raum.
- Des weiteren fordern wir eine Neuauflage des Innenstadtprogramms "Zukunftsfähige"
- 304 Innenstädte und Zentren", damit Stadtkerne ein Aufenthaltsort von Lebensqualität
- 305 bleiben und den Anpassungsdruck zu managen können. Dazu gehört auch die
- 306 Gestaltung von öffentlichen Grünanlagen, Parks, Wasser- und Spielflächen, denn
- 307 diese ist wichtig für die Klimaanpassung und macht die Zentren attraktiver.